

A1 Mehr Demokratie

Der Bezirkstag und seine Gremien arbeitet – insbesondere in Oberfranken – in den meisten Fällen fernab der Bürgerinnen und Bürger. Kaum jemand weiß, was im Bezirkstag überhaupt gemacht wird, wofür er zuständig ist und wie die Entscheidungen fallen. Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass kaum über die Arbeit im Bezirkstag berichtet wird und - dass man sich als interessierte/r Bürger/in nur schwer über das was im Bezirkstag passiert, informieren kann.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- mehr Transparenz im Bezirkstag und seiner Ausschüsse
Jeder Bürger soll nachvollziehen können, wer wann wie in den öffentlichen Sitzungen des Bezirkstags und seiner Ausschüsse abgestimmt hat. Protokolle, Beschlüsse, Anträge und Verwaltungsvorlagen von öffentlichen Sitzungen sollen mit allen Anlagen öffentlich in einem Ratsinformationssystem zugänglich gemacht werden.
- die Installation eines unabhängigen Ombudssystems in den Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO)
Damit setzen wir uns ein für eine unabhängige ständige Prüfinstanz von Beschwerden, bevor sie zum Aufregerthema werden. Nur so können die Verwaltungsräte der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO) ihrer Kontrollfunktion gerecht werden.
- Vom Grundsatz her öffentliche Verwaltungsratsitzungen der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO) und Zugang aller BezirksrätInnen auf seine Inhalte.
Dies gilt auch für alle weiteren mit Bezirksrät*innen besetzte Fachgremien bezirklicher Einrichtungen. Selbstverständlich müssen auch hier im Ausnahmefall bei Gründen, die nach dem Gesetz eine Nichtöffentlichkeit bedingen, die Sitzungen – zumindest teilweise – nichtöffentlich abgehalten werden.

A2 Zukunftsfähiger Bezirk

Wir möchten den Bezirk Oberfranken zukunftsfähig machen. Deshalb müssen wir öffentliche Aufträge nach nachvollziehbaren, nachhaltigen und fairen Kriterien vergeben und der Gemeinwohlökonomie mehr Beachtung schenken.

Wir müssen rechtzeitig für die Zukunft planen und jetzt die erforderlichen Investitionen für Instandhaltung der bezirkseigenen Immobilien für die nächsten zehn Jahre ermitteln. Dazu muss ein Inventar der vorhandenen Gebäude und Grundstücke erstellt werden, das auch als Grundlage für die Vermögensbuchführung erforderlich ist. Außerdem muss der mittelfristige Investitionsplan sinnvoll umgesetzt werden. Ein realistisches Bild darüber, welcher Sanierungsbedarf bei welchem Gebäude besteht, ist die Grundlage für eine politische Prioritätensetzung.

Bestehende Gebäude sollen intelligent umgenutzt werden, statt sofort abzureißen und neu zu bauen.

Wir wollen den Bezirk als attraktiven Arbeitgeber etablieren, indem wir die Kreativität und Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter*innen fördern und nutzen. Verbesserungsvorschläge von Mitarbeiter*innen und aus der Personalvertretung sollen ernsthaft geprüft werden. Auf Leitungsebene soll ein lösungsorientierter Ansatz etabliert werden. Frauen müssen bei der Besetzung von Führungspositionen angemessen berücksichtigt werden.

Wir möchten außerdem eine Umsetzungsstrategie für die Digitalisierung der Bezirksverwaltung erarbeiten. Der Fokus muss dabei auf den gesetzlich geforderten Anpassungen wie der eAkte und digitalen Bürgerservices liegen. Beschäftigte und Personalvertretung müssen von Anfang an in den Prozess eingebunden werden und bedarfsgerecht geschult werden.

Eine moderne, umweltfreundliche Mobilität ist zu unterstützen, beispielsweise durch eine Förderung von ÖPNV und Fahrradnutzung, beispielsweise durch Jobtickets, Fahrradhäuser und Duschköglichkeiten in allen Dienststellen.

A3 Sozialpolitik

Wir GRÜNEN wollen Sozialpolitik mit den Betroffenen zusammen machen nach dem **Motto: "Nicht über uns ohne uns!"**

Hierzu erachten wir Grünen nachstehende Aspekte als unverzichtbar, die wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen:

1. Behinderte, psychisch Kranke und Pflegebedürftige brauchen interdisziplinäre Sozialraumteams, die ihnen eine ortsnahe Rundumversorgung aller Lebensbelange organisieren. Dafür ist die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Aufgabenträger wie Land, Kommunen, Bezirk, und der Kranken- und Pflegekassen notwendig.
2. Betroffenen sind Expert*innen in eigener Sache! Es braucht Konzepte, die mit allen Beteiligten erarbeitet werden, um die Eigenaktivität der Betroffenen zu fördern, anstatt sie zu bevormunden und zu passiven Hilfsempfängern zu machen.
3. Wo erforderlich, muss individuelle Förderung bei Wohnen, Freizeit und Arbeit geleistet werden, um eine gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.
4. Uns liegt an einer besseren Unterstützung von Angehörigen und Betroffenen durch Beratung, Vernetzung, unbürokratische Soforthilfen und ambulante Entlastungsangebote, damit Betroffene möglichst lange in ihrem gewohnten familiären oder privaten Umfeld bleiben können.
5. Um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden, brauchen wir eine regionale Bedarfsplanung für alle Hilfearten.
6. Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Deren Ursachen sind vielfältig und teilweise gesellschaftlich bedingt. Darum ist es umso wichtiger, dass Betroffene nicht stigmatisiert und ausgegrenzt werden.
7. Neben der Prävention brauchen wir vor allem einen weiteren Ausbau der Krisendienste und eine bessere Versorgung ambulanter und stationärer Angebote. Wir werden die ambulante Hilfe ausbauen, da sie als nahes und niederschwelliges Angebot für die Unterstützung von psychisch Kranken und ihren Angehörigen sehr wichtig sind. Hier brauchen wir eine bessere Finanzierung, um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden; auch in der forensischen Prävention. Ambulante und stationäre Angebote werden besser

miteinander verzahnt, damit die Patient*innen lückenlos begleitet und therapeutisch versorgt werden.

8. Wir sorgen für eine Verbesserungen für Patien*innen- und Mitarbeiter*innen durch vorausschauende Personalplanung. Auch um Zwangsmaßnahmen zu vermeiden.

Behinderte, psychisch Kranke und Pflegebedürftige sollen weniger in Zuständigkeitsschubladen gesteckt werden. Stattdessen streben wir interdisziplinäre Sozialraumteams an, die sich um Quartiersnahe Versorgung sowie Infrastruktur und Gesundheitsversorgung kümmern. Dafür ist die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Aufgabenträger wie Land, Kommunen, Bezirk, und der Kranken- und Pflegekassen notwendig.

Wir wollen die Betroffenen als Expert*innen in eigener Sache sehen und ihre Eigenaktivität unterstützen. Wir wollen Konzepte mit allen Beteiligten und unter Einbeziehung von Selbsthilfe und Angehörigen-Selbsthilfe erarbeiten, anstatt sie zu bevormunden und zu passiven Hilfsempfängern zu machen. Wo erforderlich, muss individuelle Förderung bei Wohnen, Freizeit und Arbeit geleistet werden, um eine gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.

Uns liegt an einer besseren Unterstützung von Angehörigen und Betroffenen durch Beratung, Vernetzung, unbürokratische Soforthilfen und ambulante Entlastungsangebote, damit Betroffene möglichst lange in ihrem gewohnten familiären oder privaten Umfeld bleiben können. Um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden, brauchen wir eine regionale Bedarfsplanung für alle Hilfearten.

A4 Für Menschen mit Behinderung

In der UN Behindertenrechtskonvention ist die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen festgelegt. Jeder Einzelne soll gleiche Chancen haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Inklusion umfasst alle Lebensbereiche, v.a. Wohnen, Bildung, Arbeit und Freizeit. In diesem Sinne muss der Bezirk als Vorbild vorangehen und Inklusion in allen seinen Aufgabenbereichen verwirklichen. Inklusion geschieht nicht von allein: Dazu gehört auch die Schaffung von inklusiven Ausbildungen und Arbeitsplätzen beim Bezirk und seinen Einrichtungen.

Aktuell beschäftigt das Bundesteilhabegesetz die Staatsregierung und die Bezirke und natürlich die Betroffenen. In vielen Punkten bleibt die Umsetzung hinter unseren Erwartungen zurück. Inklusion und Selbstbestimmung dürfen nicht an den Kosten scheitern. Bis 2020 muss das Gesetz in der Praxis umgesetzt sein, das wird die große Aufgabe des nächsten Bezirkstags.

Wir fordern in der Bildung:

- Inklusion von Anfang an, mit multiprofessionellen Teams in Kindertagesstätten, inklusiven Klassen in allen Schularten, auch in Förderzentren und in Berufsschulen.
- die Kompetenzen der Förderzentren zu nutzen und mehr Lehrkräfte des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes an Regelschulen und dort nach Bedarf für alle einzusetzen.
- die Schulbegleitung zu einer pädagogischen Assistenz weiterzuentwickeln. Die Verantwortung dafür soll in den Schulen angesiedelt sein.
- Barrierefreie Unterrichtsmaterialien, z.B. in Leichter Sprache oder Blindenschrift.

Wir fordern beim Wohnen:

- das Recht die Wohnform eigenständig zu wählen. Hier darf es keinen Kostenvorbehalt zwischen ambulant betreutem Wohnen oder Wohnen in einer stationären Einrichtung geben.
- Sozialraumorientierung, d.h. quartiersnahe ambulante Versorgung und Betreuung, inklusive generationenübergreifender Wohnprojekte, Nachbarschaftshilfen, familienentlastende Dienste und barrierefreie inklusive Treffpunkte im Wohnquartier.
- mehr Angebote für ambulant betreutes Wohnen und Entwicklung von neuen inklusiven Wohnformen sowie auch Öffnung der vorhandenen großen stationären

Einrichtungen, Gestaltung von Übergängen (auch Probewohnen) zwischen stationären und ambulanten Settings, Gestaltung teilstationärer Angebote.

Arbeit ist ein wesentlicher Faktor für selbstbestimmtes Leben. Noch immer arbeiten viele Menschen mit Behinderung in Werkstätten (WfBM) und es ist schwierig für sie, auf dem sogenannten 1. Arbeitsmarkt ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu erhalten. Die Grundbedingungen für die Teilhabe am Arbeitsleben liegen nur zum Teil in der Hand der Bezirke.

Wir fordern für das Arbeitsleben:

- Anreize und Beratung für Arbeitgeber, um Menschen mit Beeinträchtigung zu beschäftigen, sowie den Ausbau von Inklusionsbetrieben bzw. Integrationsfirmen
- die Chancen des zukünftigen Budgets für Arbeit nutzen, statt der Werkstattbeschäftigung.
- Alternativen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.
- Keine prekäre Beschäftigung: Menschen mit Behinderung müssen durch Assistenz und psychosoziale Betreuung dauerhaft auf dem 1. Arbeitsmarkt unterstützt werden.
- Die Weiterentwicklung der Qualitätsstandards für Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten und mehr Angebote für Außenarbeitsplätze und den Übergang auf den 1. Arbeitsmarkt.
- Eine deutliche Erhöhung der Entlohnung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

Wir fordern übergreifend für o. g. Bereich zudem die Umsetzung des persönlichen Budgets und eine annehmbare Gestaltung der Antragsformalia.

A5 GRÜNE Psychiatriepolitik

Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Darum ist es um so wichtiger, dass Betroffene nicht stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Neben der Prävention brauchen wir vor allem flächendeckend Krisendienste und eine bessere Versorgung mit ambulanten und stationären Angeboten. Zudem bedarf es der Durchlässigkeit zwischen stationären und ambulanten Hilfen, der Gestaltung von Übergängen (teilstationäre Konzepte, Probewohnen, etc.) und die Beteiligung von Nutzer*innen und Angehörigen sowie der organisierten Selbsthilfe in Entscheidungen und in der Gremienarbeit

Wir fordern:

- Ambulante Hilfen auszubauen. Als nahes und niederschwelliges Angebot sind sie für die Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihren Angehörigen sehr wichtig. Hier brauchen wir eine bessere Finanzierung um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden, auch in der forensischen Prävention.
- ambulante und stationäre Angebote werden besser miteinander verzahnt, damit Betroffene lückenlos begleitet und therapeutisch versorgt werden.
- Verbesserungen für Betroffene und Mitarbeiter*innen durch vorausschauende Personalplanung. Auch um Zwangsmaßnahmen zu vermeiden braucht es mehr Personal.
- Ausbau der Angebote in der Kinder- und Jugendpsychiatrie im klinischen – aber auch im außerklinischen Bereich. Für die Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern muss ebenfalls ein eigenes Angebot entwickelt werden.
- Eine gute psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung für Menschen mit Migrationshintergrund bedarf der Vermittlung transkultureller Konzepte ebenso wie die Finanzierung der Dolmetscher. Die Erfassung von Kompetenzen wie Mehrsprachigkeit bei medizinisch/therapeutischem Personal wäre hilfreich.
- Eine verstärkte Kontrolle der forensischen Kliniken durch Besuchskommissionen (? Ich weiß nicht, inwiefern das in Ofr. Bereits läuft)
- Stärkung der Nutzer*innenrechte

Wir fordern übergreifend für o. g. Bereich zudem die Umsetzung des Persönlichen Budgets und eine annehmbare Gestaltung der Antragsformalia, hierzu ist eine Orientierung an best practice Beispielen (Mfr., Opf.) zu empfehlen

A6 GRÜNE Politik für Menschen mit Suchterkrankungen

Der Abhängigkeit von Alkohol, Medikamenten und illegale Drogen können wir nur begegnen, indem wir die Aufklärung stärken, Maßnahmen unterstützen um riskanten Konsum zu reduzieren und medizinische wie therapeutische Hilfe leisten, anstatt Menschen mit Suchterkrankungen zu stigmatisieren.

Wir fordern:

- mehr Aufklärung der Bevölkerung über die Problematik von Suchterkrankungen und Prävention durch geeignete Workshops und Beratung an allen Schulen, sowie durch verbesserte Teilhabechancen mit stärker reduzierten Eintrittten für Kinder/Jugendliche/Schwerbehinderte in Freizeiteinrichtungen.
- einen bedarfsgerechten Ausbau der Suchtberatungsstellen und der ambulanten Hilfen in Oberfranken, mit zielgruppenspezifischer Beratung und Hilfen für Menschen mit Suchterkrankungen, z.B. im Alter, für Migrant*innen und Geflüchtete, Obdachlose, werdende Mütter, sowie Angehörige von Menschen mit Suchterkrankungen, insbesondere den Kindern suchtkranker Eltern.
- Tagesstrukturierende Kontakt- und Begegnungsstätten für Suchtkranke sowie einen Ausbau der Substitutionsangebote und Stärkung der Psychosozialen Substitutionsbegleitung.

A7 GRÜNE Pflegepolitik

Es gibt immer mehr Pflegebedürftigen Menschen und immer weniger Pflegepersonal. Diese Feststellung betrifft auch den Bezirk Oberfranken, der für die Hilfe zur Pflege zuständig ist. Wir benötigen für den Bezirk Oberfranken ein flächendeckendes zukunftsorientiertes Angebot um den Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen und deren Angehörigen gerecht zu werden. Pflegebedürftigen Menschen sollen gut versorgt, möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Mehr Wertschätzung für professionelle Pflege durch gesellschaftliche Anerkennung sollten ebenso selbstverständlich sein wie eine tarifliche Bezahlung.

Wir setzen uns ein für:

- die Förderung der quartiersorientierten, ambulanten Versorgung
- die Verbesserung von Wohn-, Versorgungs- und Pflegekonzepten (Ausbau der Tagespflege, Schaffung von Angeboten der Nachtpflege, Schaffung heimatnaher Wohngruppen).
- die Verbesserung der Beratung (dezentral in den Kommunen bzw. Stadtteilen).
- den Ausbau der Angebote für Menschen mit Demenz.
- die Schaffung von akutgeriatrischen Stationen an den Kliniken.
- die Mehrung und die attraktivere Gestaltung der Ausbildungsplätze in den bezirklichen Einrichtungen.
- Anhebung der Stellenschlüssel und dadurch Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den bezirklichen Einrichtungen.

A8 Kinder und Jugendliche

Wir setzen uns für die Belange von Kindern und Jugendlichen ein und unterstützen hierfür den Bezirksjugendring mit den notwendigen Mitteln.

Wir fordern:

- eine weitere Stärkung der Jugendkultur, insbesondere durch die Medienfachberatung, die internationale Jugendarbeit und die Fachstelle für politische Bildung. Dazu gehören Schulungen für SMVs, das Programm Schule ohne Rassismus.
- dezentrale Veranstaltungen zu fördern, von denen insbesondere die kleineren Verbände, Initiativen, Vereine und Kreisjugendringe profitieren werden.
- Unterstützung und Beratung bei der Schaffung von mehr inklusiven Angeboten für Kinder und Jugendliche.
- Beteiligung der Jugendlichen an Entwicklung von Projekten, bei Entscheidungen und Umsetzung.

A9 Ökologische Landwirtschaft

Ökologischer Landbau ist die Zukunft. Viele Verbraucher*innen leben sehr ernährungsbewußt und der Schutz von Natur und Umwelt liegt immer mehr Menschen am Herzen. Dem dürfen sich das Bezirkslehrgut und Landwirtschaftsschule nicht verschließen. Als Vorbild und Multiplikatoren tragen sie die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Landwirtschaft.

Wir fordern:

- die ökologische Landwirtschaft mit regionaler Vermarktung zum Schwerpunkt zu machen und weiterzuentwickeln. Bereits vorhandene Ansätze werden unterstützt: so z.B. die Genußregion Oberfranken, SolaWis, Regionalwert AG, Ökomodellregionen, auch Direktvermarkter die noch konventionell produzieren aber nachhaltige Konzepte vorhalten, sind zum Erhalt der kleinteiligen Landwirtschaft zu unterstützen.
- die regionale bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Vermarktung zu stärken, bessere Vernetzung zu fördern um Vermarktung in Dorfläden und Bauernmärkten zu ermöglichen, alternative Vermarktungsmöglichkeiten zu stärken, sowie die Versorgung von Kindergärten-/horten und Einrichtungen des Bezirks mit regional produzierten ökologischen Nahrungsmitteln.
- unser Wasser sauber zu halten, beispielsweise durch ökologisch verträgliches Düngemanagement.
- eine artgerechte Tierhaltung unter Berücksichtigung des Tierwohls bei allen Nutztierarten ohne Verstümmelung von Tieren. Die Förderung der Züchtung von Zweinutzungsrasen bei Hühnern und Rindern verhindert die Tötung ungewollter Küken und Kälber. Auch die Enthornung von Kälbern ist zu beenden, die Züchtung hornloser Rassen ist zu fördern.
- mehr Biodiversität, z.B. durch Ackerrandstreifen und Bienenweiden.
- das Bezirkslehrgut als Lehranstalt für zukunftsgerichtete, enkeltaugliche Landwirtschaft auszurichten, die Alternativen in Testreihen erprobt und Machbarkeit aufzeigt.

A10 Kapitel des Wahlprogramms

Wir stehen für Kultur von allen für alle. Neben der etablierten Hochkultur in den Städten wollen wir die Förderung der Soziokultur, des kulturellen Angebots auf dem Land und den Abbau von Kulturbarrieren, seien es physische Barrieren für Menschen mit Beeinträchtigungen, finanzielle Barrieren oder interkulturelle Barrieren.

Dazu fordern wir:

- barrierefreien Zugang zu allen Kulturangeboten.
- Angebote für alle gesellschaftlichen Gruppen zu öffnen, unabhängig von Einkommen und Wohnort.
- Veranstaltungen interkulturell, integrativ und inklusiv zu gestalten
- Vernetzung, Beteiligung und Weiterbildung von Kulturschaffenden in Oberfranken vor allem zu Inklusion auch gemeinsam mit Menschen mit Handicaps und generationenverbindenden Kulturangebote.
- gezielt primär die vorhandene Kulturinfrastruktur zu fördern und nachrangig gezielt Lücken im Angebot zu schließen, um Parallelstrukturen vor Ort zu vermeiden.
- die Mittel effizient einzusetzen.

A11 Europäische Regionalpartnerschaften

Der Bezirk sollte den Aufbau und die Pflege von Regionalpartnerschaften mit Regionen in unseren Nachbarländern und weiteren Ländern in Europa fördern und intensivieren.

Wir wollen:

- eine Partnerschaft zwischen dem Bezirkstag und einem Regionalparlament in der Ukraine, die sich nach dem EuroMaidan nach Europa orientiert, etablieren.
- Stipendien für das Medizinstudium an der oberfränkisch-kroatischen Medical School REGIOMED finanzieren, die Ärzte für den Einsatz in den oberfränkischen REGIOMEN-Kliniken u.a. in Coburg, Lichtenfels und Burgkunstadt ausbildet. Jährlich sollen zwei Studierende, aus Familien mit niedrigem bis mittlerem Einkommen, die nach dem Studium bis zur Facharztprüfung an oberfränkischen REGIOMED-Kliniken bleiben, gefördert werden, indem der nicht vom Auslands-BAFÖG abgedeckte Teil des Studiums übernommen wird.
- Kommunalpartnerschaften sowie Bürger*innen- und Jugendreisen in die Partnerregionen finanziell stärker fördern
- internationale Partnerschaften fördern und durch die Schaffung einer Beratungsstelle zu Fördermöglichkeiten und mit praktischem KnowHow auf Bezirksebene neue und bessere Partnerschaften ermöglichen.
- Austausch, von den Erfahrungen anderer Länder lernen und Erfolgsmodelle übernehmen. Dazu soll ein Preis des Bezirks für herausragende europäische Austauschprojekte geschaffen werden, der jährlich verliehen wird.